

Ein neuer Ansatz in der Integrations-, Partizipations- und Einwanderungspolitik

Der Diskurs in den letzten Wochen hat gezeigt, dass wir die während den vorhergehenden Integrationsgipfeln erarbeiteten Lösungsansätze, d.h. den Nationalen Integrationsplan, mit der Bundesregierung erneut diskutieren müssen. Die unterstützenden Reaktionen in der Mehrheitsbevölkerung zu den populistischen und zum Teil rassistischen Äußerungen von Thilo Sarrazin beruhen überwiegend auf Überfremdungsangst, Angst vor Nichtbekanntem. Wir sollten dies ernst nehmen und mit einer Debatte über das Verständnis über Einwanderungsland, kulturelle Vielfalt und Identität verbinden.

Die Zustimmung zu den Thesen von Herrn Sarrazin in Teilen der Bevölkerung erfolgt nach meinen Beobachtungen nicht nach einer wissenschaftlichen oder andersartigen Analyse, sondern kommt vor allem aus dem Bauchgefühl, überrempelt, nicht ernstgenommen worden zu sein. Ich denke, viele Politiker/innen in unserem Land haben jahrelang die Lebenslüge „wir sind kein Einwanderungsland“ gepredigt. Nun zu sagen, „wir sind doch ein Einwanderungsland“ findet in den breiten Bevölkerungsschichten kaum oder eine sehr geringe Akzeptanz. Denn die logische Folge der Anerkennung des Einwanderungslandes Deutschland bringt auch Änderungen bei der sog. Mehrheitsbevölkerung. Da jedoch diese Menschen auf diese Veränderung gar nicht vorbereitet worden sind, entwickelt sich das Gefühl verschaukelt worden zu sein.

Was meiner Ansicht nach in dieser Auseinandersetzung zu kurz gekommen ist, ist die Verharmlosung der Äußerungen von Herrn Sarrazin. Diese wurden nur als Provokation bezeichnet, ohne seine Argumentationsmuster zu hinterfragen, ohne seine Konstruktion wir-und-ihr zu überprüfen. Das in diesem Diskurs sehr wenig benutzte Wort ist Rassismus. Der große Teil unserer Gesellschaft verbindet dieses Wort mit der national-sozialistischen Zeit und lehnt den Begriff, wenn er fällt, ab und reagiert wie folgt: „wenn jemand „die Probleme“ anspricht, dann kommt ihr mit der Rassismus-Keule“. Sie verkennen jedoch, dass pauschal zugeschriebene Kultureigenschaften und die Reduzierung nur auf diese Merkmale im menschenrechtlichem Diskurs durchaus als Rassismus bezeichnet werden. Daraus folgt für mich, dass auch hier eine neue Debatte darüber notwendig ist, um internationale Standards zu halten.

Dass durch solch eine Diskussion die Fragen der Einwanderung, die Probleme und Konflikte in der Gesellschaft in den Hintergrund geraten werden könnten, teile ich nicht. Wir müssen beide Diskussionen parallel führen.

Integration ist für mich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der es keine verantwortbare Alternative gibt. Unter Integration verstehe ich das von gegenseitiger Akzeptanz, Respekt und Anerkennung geprägte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher nationaler, kultureller oder religiöser Herkunft auf der Basis unseres Grundgesetzes. Rechtsgleichheit und gleiche Teilhabechancen an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen sowie im Bildungswesen und in der Arbeitswelt sind dafür die Grundvoraussetzung. Integration (Eingliederung) heißt für mich Partizipation (Teilhabe).

Die Bundesrepublik Deutschland wird oft als ethnisch homogener Staat verstanden. Dieses Verständnis wird aber nicht nur der historischen Entwicklung auf deutschem Boden nicht gerecht, sondern sollte angesichts der Einwanderungsbewegungen nach 1945 nicht weiter verfolgt werden.

Ich möchte meinen Ausführungen eine Definition voranstellen, die der Realität der Bundesrepublik Deutschland und den Entwicklungen innerhalb und außerhalb Europas näher kommt: Die Bundesrepublik Deutschland ist de facto **eine ethnisch-pluralistische (polyethnische) Zivilgesellschaft**. Ein polyethnischer Staat, der den Schutz der Minderheiten so in sein Verfassungssystem integriert hat, dass er nicht mehr als Minderheitenschutz in Erscheinung tritt.

Eine Gleichstellungspolitik in Deutschland sollte zielgerichtet auf folgenden Grundsätzen aufbauen:

- a) Sie muss das Dasein von Angehörigen (ethnischer/kultureller) Minderheiten als Chance und Potential und nicht als Bedrohung verstehen.
- b) Sie muss human sein.
- c) Sie muss transparent für jeden sein.
- d) Sie darf die Probleme nicht verheimlichen, sondern offen ansprechen.
- e) Sie muss realitätsnah sein.

Diese Politik muss auf der Grundlage der Transkulturalität umgesetzt werden. Transkulturalismus ist eine bewusste Politik, die Antithese zur Assimilation. Ziele einer transkulturalistischen Politik können sein:

- a) Alle Menschen in Deutschland sollen eine Bindung zu Deutschland haben und mitverantwortlich sein, unsere gesamtgesellschaftlichen Interessen zu fördern.
- b) Alle Menschen in Deutschland sollen die grundsätzlichen Rechte der Unterscheidungsfreiheit aufgrund von ethnischer Herkunft, Religion oder Kultur genießen.
- c) Alle Menschen in Deutschland sollen die gleichen Lebenschancen und gerechten Zugang zu den vom Staat im Auftrag der Gemeinschaft verwalteten Mitteln haben.
- d) Alle Menschen in Deutschland sollen die Möglichkeit haben, sich an allen Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, zu beteiligen.
- e) Alle Menschen in Deutschland sollen imstande sein, ihr Potential für Deutschlands wirtschaftliche und soziale Förderung zu entwickeln und einzusetzen.
- f) Alle Menschen in Deutschland sollen die Möglichkeit haben, gute Sprachkenntnisse in Deutsch und anderen Sprachen zu erlangen und zu erweitern und ein kulturelles Verständnis zu entwickeln.
- g) Alle Menschen in Deutschland sollen ihr kulturelles Erbe entwickeln und miteinander teilen können.
- h) Alle Menschen in Deutschland sollen die kulturelle Diversität der deutschen Gemeinschaft anerkennen, reflektieren und ihr entgegenkommen.

Zu dieser transkulturalistischen Politik gehört auch der Ansatz des „migration mainstreaming“. Ziel dieses Ansatzes ist, die Sichtweise der Menschen mit Migrationsgeschichte in alle Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Migration Mainstreaming ist orientiert an einer toleranten, sozial gerechten und innovativen Gesellschaft, die die Einwanderung als Herausforderung und Bereicherung, als Potenzial für gesellschaftliche Entwicklung versteht.

Zurzeit leben über 15 Millionen Menschen in den Ländern West- und Nordeuropas, ohne die Staatsangehörigkeit dieser Staaten zu besitzen. Die Zahl der Einwanderer/-innen innerhalb der EU beläuft sich auf rund 10 Millionen. Ca. 65% der Einwanderer/-innen innerhalb der EU haben nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedsstaates und können sich somit nicht auf EU-Rechte berufen.

Situation und Befindlichkeiten der Mehrheitsgesellschaft

Wir dürfen die Situation und Befindlichkeiten der deutschstämmigen Mehrheit nicht den Extremisten und Demagogen überlassen. Hierzu bedarf es aber einer konstruktiven Herangehensweise. Hierbei sollten die eigene Identitätsproblematik, Konfrontation mit Einwanderern, die realen und irrealen Ängste, die Lebenslüge der ethnisch homogenen Gesellschaft, "im eigenen Land Minderheit zu sein", Angst vor nicht bekannten Verhaltensmustern von Menschen nichtdeutscher Herkunft Berücksichtigung finden.

Situation und Befindlichkeiten der Minderheitsgesellschaft

Eine neue Politik muss die Situation und Befindlichkeiten der Minderheitengesellschaft berücksichtigen. Das berechtigte Gefühl, nicht voll als Teil der Gesellschaft akzeptiert zu werden sowie Diskriminierungserfahrungen, die viele Menschen nichtdeutscher Herkunft tagtäglich machen, die Angst aufgrund von Rechtsunsicherheit, der Erfolgsdruck, die Über- und Unterschätzung der eigenen Fähigkeiten, Fragen der Identität, kulturelle und Wertekonflikte, die soziale und Bildungssituation sollten bei einer neuen Politik Berücksichtigung finden.

Integrationspolitische Anforderungen an die Mehrheitsgesellschaft

- a) Ein entschlossenes Vorgehen gegen diskriminierende, rassistische, rechtsradikale und fremdenfeindliche Tendenzen ist sicherzustellen.
- b) Das wechselseitige Interesse und die Offenheit an unbekanntem Lebenskonzepten ist wichtigste Voraussetzung für ein neues Miteinander.
- c) Der kritische und prüfende Blick auf potentiell demokratiefeindliche Tendenzen ist unverzichtbare Grundlage für die Entwicklung eines gemeinsamen Wertekanon.

Integrationspolitische Anforderungen an die Minderheitsgesellschaft

- a) Erwartet werden sollte von kulturellen Minderheiten mehr Verantwortungsbewusstsein für die hiesige Gesellschaft. Die Öffnung gegenüber dieser Gesellschaft ist für die Eingliederung unabdingbar. Das Interesse an Mitwirkungsmöglichkeiten in der hiesigen Gesellschaft gehört zu den integrationspolitischen Aufgaben der Minderheiten.
- b) Das Erlernen der deutschen Sprache und die Stärkung des Bildungsbewusstseins gehört zur Teilhabe.

- c) Auch religiöse und traditionelle Gepflogenheiten in allen ihren Ausprägungen müssen sich nach dem Grundgesetz richten.

Ich denke, dass wir mit so einem von „beiden Seiten“ getragenen Ansatz die Menschen zusammenbringen und die Zukunft gemeinsam aufbauen. Es ist höchste Zeit, diese Mammutaufgabe anzupacken. Wir können es schaffen. Wir werden es schaffen.

Kenan Kolat ist Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland.

Kontakt: kenan.kolat@tgd.de